

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD

- >> SOLIDARITÄT MIT
DER UKRAINE
- >> SINNVOLLE
ENTLASTUNGEN FÜR
DAS GANZE LAND



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

wir sind nachhaltig entsetzt über den von Putin befohlenen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Die SPD verurteilt den Krieg und die Kriegsverbrechen. Wir stehen an der Seite der Ukrainer*innen und aller, die unter diesem Krieg leiden.

Hoffnung gibt uns die großartige Welle der Solidarität auch in Nürnberg. Zehntausende sind unseren Aufrufen zu Friedensdemonstrationen gefolgt. Viele spenden, engagieren sich ehrenamtlich und öffnen gar ihre Heime für Geflüchtete. Ihnen gilt unser Dank!

Diese Zeitenwende erfordert auch bei der SPD ein Umdenken. Freiheit, Demokratie und Frieden müssen verteidigt werden. Im äußersten Fall auch militärisch. Doch wir müssen vorher ansetzen: Den Weg zu diesem Krieg ebneten Nationalismus, Diktatur, Propaganda und Fake-News. Militärischen Verheerungen gingen geistige voraus. Ihnen müssen wir uns weltweit und hier noch vehementer entgegenstellen.

Wir stehen an der Seite aller, die für Demokratie und Freiheit kämpfen. In der Ukraine genauso wie in Russland – und überall anders!

Wir geben nicht auf, sondern kämpfen für Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Euer

Nasser Ahmed

IM INTERVIEW: IRFAN TAUFİK

16. EHRENAMTSPREISTRÄGER DER SPD NÜRNBERG

In der letzten Ausgabe des springenden Punktes haben wir euch von der Preisverleihung des 16. Ehrenamtspreises berichtet. Der Preis wurde an Irfan Taufik verliehen, der uns nicht nur mit seinen ehrenamtlichen Tätigkeiten, sondern auch mit seiner Lebensgeschichte beeindruckt hat. Wir haben uns mit Irfan Taufik zum Gespräch getroffen, um mehr über sein Leben und Handeln zu erfahren.

Irfan Taufik wurde 1975 im Nordirak geboren. Dort wuchs er als jüngstes von sieben Geschwistern auf. Seine ganze Familie war künstlerisch und schauspielerisch tätig. Dadurch kam er schon sehr früh in Berührung mit Kunst, Philosophie, Literatur und

Schauspiel. Als kleines Kind war er regelmäßig bei Theaterproben dabei. „Irgendwann habe ich gesagt: Ich will auch!“, schmunzelt Irfan Taufik. Bereits mit neun Jahren stand er zum ersten Mal selbst auf der Bühne. Wer jetzt denkt, dass es ein einfaches Stück für Kinder war, der täuscht sich. „Es war sehr politisch und anfangs habe ich gar nicht richtig begriffen, worum es darin ging. Aber es war ein wichtiger Impulsgeber für mein weiteres Leben“, kann er mittlerweile darüber sagen.

Seine Familie hat viele experimentelle Theaterstücke inszeniert, die auf den ersten Blick nicht politisch erschienen. Die Stücke konnten nicht naturalistisch, klar und direkt >>

verständlich sein. Das Regime von Saddam Hussein hat es nicht zugelassen, dass politische Inhalte und vor allem Kritik an der Regierung eingebaut wurden. Skripte wurden akribisch kontrolliert und zensiert. Die Stücke mussten dementsprechend vorbereitet und umgeschrieben werden. Politische Botschaften wurden experimentell verpackt und konnten nicht einfach von jedem verstanden werden. Auch Geheimdienste waren regelmäßige zu Besuch bei den Proben. Noch heute sieht er die Männer in ihren schwarzen Anzügen vor sich, die sie schikanierten. „Wenn man in einer Diktatur lebt, dann merkt man, dass man Angst haben muss. Man musste auf jedes Wort achten, da man nichts Falsches sagen durfte. Trotzdem haben wir versucht, zu leben und zu tun, was wir wollen. Wir wollten unsere Kunst machen und normal leben. Die Angst war dennoch ein ständiger Begleiter.“

Auch seine Schulzeit war sehr schwierig. Angst war auch hier immer präsent. Die Lehrer mussten zum Regime gehören, die meisten taten dies auch freiwillig. Nur wenige der Lehrer waren insgeheim gegen das Regime. Lernen, brav sein, zittern – bloß nichts Falsches sagen und immer gehorchen. Wer das nicht tat, musste mit Prügelstrafen rechnen. Lehrer waren sogar mit Revolvern ausgestattet. „Wir wurden auf die Straße geschickt, sollten für das Regime singen und jubeln. Ich wollte das nicht. Das hat meinen Eltern große Sorgen bereitet. Sie mussten mir erst klarmachen, dass ich einfach mitmachen soll, nicht mit dem Herzen, aber zu unserer Sicherheit.“ Er und seine Familie mussten den Schein aufrecht halten, dass sie die Regierung akzeptierten.

Auch Kriege waren traurige Konstanten seiner Kindheit und Jugend. Bombenexplosionen und Sirenen waren alltägliche Begleiter. „So haben wir auch Theater gespielt“ erinnert sich Irfan zurück und erzählt von einem Moment in seinem Leben, der ihn bis heute prägt. „Wir waren auf der Bühne und man hat die Sirenen gehört. Die Stadt wurde bombardiert und wir standen trotzdem auf der Bühne und haben gespielt. Das ist eigentlich unmöglich, aber das zeigt meine Liebe zum Theater.“ Wie geht das, wenn man eigentlich Todesangst hat, „das Publikum, alle im Saal hatten Angst“, und trotzdem wurde weitergespielt? „In dem Moment haben wir nicht unterbrochen. Es war einer dieser Momente, wo ich wusste, wie viel Kraft mir das Theater gibt. Die Liebe zu dem, was man tut. Genau deshalb weiß ich heute, warum ich das mache.“ Durch das Theater habe er sehr viel über Demokratie und Solidarität gelernt. Das sei für ihn noch heute sehr wichtig.

Irfan Taufik und seine Familie waren Oppositionelle, wie so viele Schauspieler*innen zu dieser Zeit. Sie waren Teil des Widerstands, der sich nicht vom Regime unterdrücken ließen. Taufik

selbst hat nach der Schule Schauspiel und Regie studiert. Er war sogar selbst an einem regierungskritischen Künstler*innennetzwerk beteiligt. Immer wieder musste er fliehen, kehrte aber auch wieder zurück. Er weiß, wie es ist, für Freiheit, Frieden und Demokratie zu kämpfen. Kann verstehen, wie sich die Ukrainer*innen fühlen, die geflüchtet sind. Aber auch die Situation der vielen Menschen, die in ihrer Heimat geblieben sind, kennt er nur zu gut.

Als Saddam Hussein 1996 den Befehl erteilte, den Nordirak erneut anzugreifen und alle Männer in Haft zu nehmen, war für Taufik der Punkt erreicht, wo er „ganz blind gegangen“ ist, ohne überhaupt zu wissen wohin. Er floh über die Türkei, nach Griechenland und dann immer weiter in Richtung Deutschland. Seine Fluchterfahrungen hat er in einem Theaterstück inszeniert „Der Luftballon mit der blonden Perücke“.

Es hat einige Zeit gedauert, bis er mit der Situation im Flüchtlingslager, in Deutschland, in diesem fremden Land, dessen Sprache er nicht konnte, zurechtkam. Schauspielen war hierbei eine große Hilfe für ihn. So inszenierte er kleinere Stücke im Flüchtlingslager mit weiteren Bewohnern. Eine kleine Ablenkung von dieser tristen Zeit, die sich „wie Gefangenschaft“ anfühlte. Er fühlte sich alleine und brauchte Hilfe. „Ich habe mich zum ersten Mal fremd gefühlt in meinem Leben. Auf der Flucht war mir das nicht bewusst. Und dann stoppt diese Action und du stehst still“, beschreibt Irfan das Gefühl. Seine eigenen Erfahrungen als Flüchtling in einem fremden Land haben ihn dazu bewegt, heute so aktiv in der Flüchtlingshilfe zu sein. Seine anfänglichen Probleme mit Behörden, der Sprache auch interkulturelle Befremdlichkeiten helfen ihm noch heute, sich in die Situation der Geflüchteten einzufühlen. Er unterstützt geflüchtete Menschen bei Behördengängen, gibt Informationen und leistet vor allem auch mentale Unterstützung, indem er versucht, den Menschen gut zuzureden und für sie da zu sein. Er schenkt diesen Menschen seine Zeit und sein Gehör, was in der schwierigen Situation gerade zu Beginn unglaublich wertvoll für Geflüchtete ist.

Irfan Taufik hat zahlreiche Projekte an den Theatern Nürnbergs, mit denen er neben seiner Arbeit als Dozent sein Geld verdient. Doch auch ehrenamtlich spielt das Theater eine große Rolle: Er hat zum Beispiel die künstlerische Leitung des Theaterlabors übernommen. Hier haben vor allem geflüchtete Jugendliche die Möglichkeit, sich künstlerisch auszuleben, Kontakte zu knüpfen, die deutsche Sprache zu lernen. Dieser interkulturelle Austausch ist eine gute Möglichkeit, neuen Mut zu fassen, neue Freunde zu finden. „Ich weiß, wie schwer es ist, als Geflüchteter hier zu sein, Sehnsucht zu haben. Du willst Freunde haben und mit

Einheimischen Kontakte knüpfen“, weiß Taufik nur zu gut. Er will den Jugendlichen das geben, was es zu seiner Zeit nach der Flucht nicht gab. Auch Projekte in den Stadtteilen spielen eine große Rolle für ihn. Er will Menschen zusammenbringen, egal ob jung oder alt und interkulturelle Berührungspunkte beenden: „Wir müssen sehr viel tun in den Stadtteilen, damit die Menschen zusammenkommen. Nur so schaffen wir Vorurteile ab.“

Der Krieg in der Ukraine erweckt in Irfan Taufik viele Erinnerungen. Immer wieder hat er während unseres Gesprächs Parallelen zur Situation in der Ukraine und seinen eigenen Erfahrungen gezogen. „So ein Krieg innerhalb Europas. An sowas habe ich nicht mehr gedacht. Und jetzt ist es 2022 und man sieht solche Bilder, hier in Europa.“ Man habe das Gefühl, die ganze Welt sei in Gefahr, aber trotzdem muss man optimistisch sein. Es ist wichtig, dass wir den Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen. Sie sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Diskussionen darüber, dass ukrainische Flüchtlinge es leichter haben als syrische Flüchtlinge, seien jetzt in dieser Situation nicht zielführend. Klar gebe es Unterschiede, aber darum muss sich die Politik kümmern. „Die Geflüchteten haben keine Schuld in dieser Situation. Egal ob aus der Ukraine oder Syrien. Wir müssen den Menschen einfach helfen und solidarisch sein“, versucht Taufik diese Situation einzuschätzen. In seinen Augen ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass die geflüchteten Menschen in dieser schweren Lage nicht die Hoffnung verlieren. Sie sollen motiviert bleiben, weiterzumachen. Solche Diskussionen dürften nicht auf deren Rücken ausgetragen werden.

„Ich finde es großartig und wichtig, wie solidarisch die Menschen sind und den Ukrainer*innen helfen.“ Die Solidarität der letzten Wochen beeindruckt Irfan Taufik sehr. Jede Spende, jedes Hilfsangebot und jede Person auf Kundgebungen sei wichtig. Es zeige den Ukrainer*innen, dass wir sie sehen und versuchen sie unterstützen. Das sei vor allem symbolisch sehr wertvoll, denn es schenke ihnen neue Motivation stark zu bleiben in dieser schweren Zeit, denn die psychische Belastung geflüchteter Menschen sei immens. Er weiß aus eigener Erfahrung, wie schlimm sich diese Situation für eine Person anfühlen kann. Irfan Taufik will nun auch auf Geflüchtete aus der Ukraine zugehen und ihnen helfen. Seine interkulturellen Angebote könnten eine schöne Ablenkung in dieser dunklen Zeit sein – zumindest für einen kurzen Augenblick. „Füreinander da sein, miteinander handeln, einander respektieren und miteinander glücklich leben“, das sei der große Wunsch und sein großes Ziel im Leben. Genau nach diesem Bestreben sollten auch wir handeln, um unsere Welt ein wenig zu verbessern.

SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE

Russland führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Präsident Putin bricht Völkerrecht eklatant und begeht Kriegsverbrechen gebrochen. Dies ein Angriff auf die Menschen in der Ukraine aber auch auf Menschenrechte, Demokratie und Freiheit in ganz Europa. Das ist in erster Linie Putins Krieg. Für diese militärische Eskalation und die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine gibt es keine Rechtfertigung.

Wir als SPD Nürnberg stehen solidarisch an der Seite aller Menschen in der Ukraine, die unter dem Konflikt leiden und deren Leben bedroht ist. Als Nürnberger*innen sind unsere Gedanken und Herzen im Besonderen bei unseren Freund*innen in unserer Partnerstadt Charkiw. Wir alle sind entsetzt von den Bildern aus unserer Partnerstadt Charkiw, aus Mariupol und vielen anderen Orten. Aber wir sind nicht in Schockstarre. Wir handeln!

Die SPD unterstützt die Ukrainer*innen in ihrem Streben nach Frieden, Souveränität und Demokratie. Ebenso unterstützen wir alle, die um eine diplomatische Lösung ringen und sich dafür einsetzen, das Töten sofort zu beenden!

Jede Hilfe zählt

Seit Ausbruch des Krieges sehen wir Bilder aus ganz Deutschland und der EU, wie Menschen sich dazu bereitstellen den geflüchteten Ukrainer*innen zu helfen. Sofort wurde gehandelt: Flüchtlingsunterkünfte wurden organisiert, Transporte von Nahrungsmitteln, Sachspenden und Medikamenten organisiert um diese an die Grenzgebiete und direkt in die Ukraine zu bringen. Europa handelt vereint.

Es ist schön zu sehen, wie viele Genoss*innen sich hier engagieren, um zu helfen! Egal ob in Form von Geld- oder Sachspenden. Auch bei uns vor Ort gibt es jede Menge Genoss*innen, die sich auf unterschiedlichste Arten und Weisen für die geflüchteten Menschen einsetzen. Es werden Konvois organisiert, Häuser und Wohnungen geöffnet und so vieles mehr. Vielen Dank für eure Hilfe, das ist gelebte Solidarität!

Zeichen der Solidarität

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien der Stadt, deren Jugendverbänden und dem Gewerkschaftsbund haben wir am 24.02.22 - am Tag an dem der Krieg ausbrach - zu einer spontanen Kundgebung aufgerufen. Rund 3.000 Menschen haben sich am Kornmarkt versammelt. Wir konnten gemeinsam ein Zeichen setzen, für die Menschen in der Ukraine und den Frieden in Europa.

Am Samstag, 26. Februar hat die Allianz für ein freiheitlich-demokratisches Russland -



Foto: R. Löster

Nürnberg und der Verein der Ukrainer in Franken e.V. zu einer Solidaritäts-Demo für die Ukraine und gegen die russische Invasion aufgerufen. Die Botschaft der Demo ist ganz klar: Wir sagen Nein zur weiteren Zerstörung der europäischen Friedensordnung und des Völkerrechts! Auch Vertreter*innen der SPD Nürnberg haben an dieser Demo teilgenommen. Unser Stadtrat Michael Ziegler, hat zudem einen Redebeitrag geleistet.

Die Omas gegen Rechts haben uns im Zuge unserer Plakatkampagne angefragt, ob wir als SPD Nürnberg an einer Solidaritätsveranstaltung teilnehmen möchten. Zu diesem Zeitpunkt war der Krieg in der Ukraine noch nicht ausgebrochen. Für uns war das eine klare Sache - natürlich würde die SPD Nürnberg sich an dieser Kundgebung beteiligen. Unser stellvertretender Vorsitzender, Bernd Hampel hat am 5. März eine Rede gehalten. Die SPD Nürnberg setzt sich für Toleranz, Respekt und Solidarität ein. Es war unserem stellvertretenden Vorsitzenden wichtig, sich gegen Querdenken und Geschwurbel zu äußern und gegen Putins Krieg Position zu beziehen.

Am 12. März hat die Allianz für ein freiheitlich-demokratisches Russland - Nürnberg und der Verein der Ukrainer in Franken e.V. erneut zu einer Demonstration aufgerufen. Unser Vorsitzender Nasser Ahmed und unser Stadtrat Michael Ziegler haben mit Redebeiträgen die Solidarität der SPD Nürnberg mit der Ukraine bekundet. Nasser Ahmed hat in seiner Rede einen wichtigen Punkt erwähnt, den wir auch in diesem Rahmen unbedingt benennen möchten:

„Nicht alle Russ*innen sind schuld. Wir verurteilen alle pauschalen Anfeindungen von Russ*innen in Nürnberg. Wir dürfen nicht vergessen: Es gibt auch russische Held*innen. Das sind diejenigen, die ihre Freiheit und ihr Leben riskieren. Diejenigen, die sich noch in Russland trauen, auf die Straße zu gehen und wie wir gegen den Krieg demonstrieren und der Propaganda etwas entgegenzusetzen.“

Wir haben höchsten Respekt vor diesen Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer

Freiheit auf die Straße gehen oder Verboten zum Trotz versuchen, über Medienkanäle die Wahrheit zu verbreiten. Wir Sozialdemokrat*innen wissen aus unserer Parteigeschichte, was es bedeutet, für seine Überzeugungen unterdrückt, eingesperrt, gefoltert oder gar ermordet zu werden. Wir zeigen uns solidarisch mit der russischen Opposition.

Zugleich sind wir uns dessen bewusst, dass es eine große Gruppe an Menschen in Russland gibt, die Putin und diesen Angriffskrieg unterstützen. Jahrelange Propaganda, Fake-News und Hetze zeigen traurigerweise ihre Wirkung. Leider auch bis zu uns nach Nürnberg. Auch dagegen müssen wir uns klar positionieren und hier klare Zeichen setzen.

Im Rahmen des internationalen Frauentags hat unsere AsF Nürnberg sich dazu entschlossen, gemeinsam mit den Jusos Nürnberg sowie weiteren Bündnispartnern zu einer Friedens-Mahnwache aufzurufen. Es war ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und allen Russ*innen, die sich gegen Putins Krieg stellen und um auf die besondere Situation von Frauen, Kindern und jungen Menschen in dieser Kriegssituation hinzuweisen und einzufordern, diesen Krieg sofort zu beenden.

Schöner wäre es, wenn wir diese Demos gar nicht brauchen würden. Aber leider sieht die Realität anders aus. Für viele Ukrainer*innen und russische Oppositionelle ist es genau jetzt ein wichtiges Zeichen um weiterhin stark zu bleiben. Und genau darum werden wir als SPD Nürnberg so weiter machen!

Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine

Die Stadt Nürnberg hat ein Hilfspaket mit Angeboten für die Flüchtlinge aus der Ukraine geschnürt. Auf der Homepage der Stadt Nürnberg findest du alle wichtigen Informationen und Adressen!
www.nuernberg.de

TRADITION GEHT VIELE WEGE UND VERBINDET

SOZIALDEMOKRATIE – GEWERKSCHAFTEN – INTERNATIONALE PARTNERSCHAFTEN

– SPD/SPÖ – ARBEITERWOHLFAHRT/VOLKSHILFE – KULTUR AN DER BASIS



AWO Nürnberg & ver.di Mfr.*) laden ein: 2 Konzerte mit der Wiener Damenkapelle Johann Strauß

Das ist der Frühling in Wien!

Wiener Geigenklang, schwungvolle Walzer und Polkas; das Quartett der Wiener Damenkapelle präsentiert sich ihrem Publikum im Stil der Musik von Walzerkönig Johann Strauß

am Samstag, 23. April 2022 um 15.00 Uhr
am Sonntag, 24. April 2022 um 10.30 Uhr
im Karl-Bröger-Zentrum/Saal, Karl-Bröger-Straße 9

Eintritt: 8,- € - mit Nbg.-Pass 4,- €

Kartenverkauf:

AWO: In der AWOthek (MGH), Karl-Bröger-Str.9
weitere Informationen und telefonische Bestellungen AWO Nürnberg: Tel. 0911-45060167
ver.di: über die einzelnen ver.di-Sen.-Gruppen oder Karten-Bestellungen (mit Hinterlegung an der Kasse vor dem Konzert) per Mail an sommerbrock@nefkom.net
oder telefonisch 0911-492583 (Manfred Endebruck)

Eine gemeinsame Initiative und Kooperationsveranstaltung der AWO Nürnberg, ver.di-Mfr. und des Kulturvereins „Initiative Wien-Währing“ *)
*) Geschlossene Veranstaltung für Mitglieder und Freunde dieser Organisationen und der SPD: „Tradition geht viele Wege“
*) Die Veranstaltung wird unter Beachtung der aktuell für die Konzerte geltenden Corona-Regelungen durchgeführt.
Die TN sind gebeten, sich entsprechend zu informieren.

In den 70er Jahren war die SPD-Johannis der erste Nürnberger Ortsverein, den eine Partnerschaft mit einer ausländischen Parteigliederung verband: Der SPÖ Währing, dem 18. Wiener Gemeindebezirk. Über viele Jahre kamen dabei Begegnungen zustande und es entstanden Freundschaften. Eine davon blieb bis in die heutige Zeit erhalten und erhielt nach „Partnerschaftsermüdung“ neue Belebung auf sozialer und kultureller Ebene. Besonders die ver.di-Senior*innen freuten sich über die Initiative des damaligen ver.di-Gründungsvorsitzenden in Mittelfranken, Manfred Endebruck, die Partnerschaft zwischen Nürnberg und Wien auf neue Füße zu stellen: Der Kulturverein „Initiative Wien-Währing“, eine der SPÖ und der Wiener Volkshilfe nahestehende Organisation hatte die Idee, eine Reise nach Nürnberg zu unternehmen und im Gepäck mit dabei: die Wiener Damenkapelle Johann Strauß. Die ver.di-Seniorengruppen und der Bezirksvorstand wurden zusammen mit der AWO Nürnberg und ihren Ortsvereinen und Seniorenclubs als Veranstalter gewonnen. Zu verdanken war dies alles einem Wiener Urgestein, dem leider vor zwei Jahren verstorbenen Ferry Glatzl, ehemaliger SPÖ-Parteisekretär und -Bezirksfraktionschef, auch Geschäftsführer der Wiener Volkshilfe und stets umtriebigen Kultur-Förderer. Seine Freundschaft mit Manfred Endebruck, entstanden durch die Partnerschaft mit der SPD-Johannis, ermöglichte es, dass nach dem Ende der Partei-Partnerschaft nun neue Wege auf Wurzeln traditioneller und gesellschaftlicher Freundschaften begangen wurden. Gegenseitige Besuche und Veranstaltungen führten in den letzten Jahren für die Nürnberger AWO, die sehr viel Unterstützung in diese Partnerschaft einbrachte, ebenso wie für die Gewerkschafter*innen von ver.di und auf der anderen Seite für die Aktiven der Kulturinitiative Wien-Währing zu einer engen freundschaftlichen Bindung. Auch die SPD-Stadtratsfraktion brachte sich immer wieder als Gastgeber in die Begegnungen ein. Nun besuchen die Kulturfreunde aus Währing wieder einmal Nürnberg – mit einer stattlichen Zahl von 30 Teilnehmenden. Die für 2020 in vollem Umfang organisierten Konzerte und das damit verbundene Besuchsprogramm fielen der Pandemie zum Opfer, aber nun soll und wird es gelingen und die Freude darüber ist groß. Zum fünften Mal sind auch die Musikerinnen der Damenkapelle Johann Strauß mit dabei. Auf dem Programm für die Gäste steht auch eine Fränkische-Schweiz-Tour zur Kirschblüte mit Besuch des „größten Biergartens der Welt“, dem Forchheimer Kellerwald: 23 Bierkeller auf einer Fläche von rund 20.000 m².

PS. Eine Anmerkung zur „Wiener Musik“ dieser Art sei noch erlaubt. Wir stellten bei vielen jüngeren Besucher*innen der Konzerte in all den Jahren immer wieder überraschend fest, dass insbesondere durch die Konzert-Atmosphäre ein vorher nicht erwarteter neuer Zugang zur Art dieser (auch) typischen Wiener Musik eröffnet werden kann. Es muss also nicht erst ein (höheres) Mindestalter dafür erreicht werden. Also, liebe Jusos: Auch Ihr seid herzlich willkommen ;-)

Programm für die Konzerte am 23. und 24. April 2022

Das ist der Frühling in Wien!

Josef Strauß: Auf Ferienreisen. Polka schnell op. 133
Josif Ivanovici: Donauwellen. Walzer
Josef Strauß: Jockey-Polka. Polka schnell op. 278
Robert Stolz: Das ist der Frühling in Wien. Lied Op. 300
Joseph Lanner: Die Schönbrunner. Walzer op. 200
Johann Strauß: Liebesbotschaft. Galopp o. O.
Johann Strauß: Freut euch des Lebens! Walzer op. 340
Johann Strauß Vater: Seufzer-Galopp op. 9
Pause
Johann Strauß: Wein, Weib und Gesang. Walzer op. 333
Johann Schrammel: Dornbacher Hetz. Marsch op. 97
Johann Strauß: Geschichten aus dem Wienerwald. Walzer op. 325
Johann Strauß: Im Krapfenwaldl. Polka française op. 336
Johann Strauß: Unter Donner und Blitz. Polka schnell op. 324
Johann Strauß: Frühlingsstimmen Walzer op. 410

Änderungen vorbehalten!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Korrektur: Dagmar Köhnlein

Redaktionsanschrift:
der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



ALS ZUKUNFTSINVESTITION IM NÜRNBERGER NORDEN

AUSBAU DER S-BAHN UND
ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

Ringbahn auf Höhe
der Erlanger Straße.
Bilder: Jens Brodersen

Wie könnte man Pendlerströme im nördlichen Stadtgebiet in Zukunft deutlich verringern? Die SPD Almoshof-Thon diskutierte darüber und hat eine klare Haltung. Sie fordert einen Bahn-Anschluss im Regelbetrieb für den Nürnberger Norden. Neben der geplanten StUB könnte der Stadtteil Thon/Wetzendorf von einer funktionierenden Ost-West-Verbindung stark profitieren. Auch wenn in der Vergangenheit bereits Initiativen zum Ausbau der stillgelegten Strecke scheiterten, so hält der Ortsverein Thon-Almoshof den jetzigen Zeitpunkt für genau richtig, um das Projekt nochmals in Angriff zu nehmen. Warum? Mit der geplanten Ansiedlung der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg an der Erlanger Straße im Bereich entlang der B4 zwischen Juvenellstraße und Schnepfenreuth, dem stetig wachsenden Stadtteil Neu-Wetzendorf und dem neu geplanten Stadtteilplatz Thoner Mitte, ändert sich zukünftig die Diskussionsgrundlage. So wird der Bereich deutlich urbaner und es ist ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten.

Der Vorsitzende der SPD Thon-Almoshof, Turan Fettahoğlu ist sich sicher: „Auch wenn die StUB von Nord nach Süd einen großen Teil der Pendlerströme abdeckt, gilt dies kaum für die Ost-West Verbindung. Eine S-Bahn auf der Ringbahn würde dies abdecken und könnte hoffentlich einige Menschen vom Umstieg auf den ÖPNV überzeugen.“

Deshalb regt die SPD Almoshof-Thon an, die Gräfenbergbahn als Regional- bzw. S-Bahn bis nach Fürth und in den Fürther Landkreis

fahren zu lassen. Für den Lehrer und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Thon-Almoshof, Jens Brodersen, ist die Ansiedlung der erziehungswissenschaftlichen Fakultät ein großer Gewinn. Der Freistaat geht mit seiner vor kurzem veröffentlichten Ausschreibung konkret auf Flächensuche in direkter Nähe zur nutzbaren Gleisstrecke. Der 36-jährige Brodersen meint, dass eine S-Bahn die Erreichbarkeit des Standortes für Studierende deutlich verbessern würde und auch ein Zeichen für den hohen Stellenwert der Lehrerbildung in Nürnberg darstellen würde. Die Studierenden können damit zügig die verschiedenen Standorte der Erziehungswissenschaften in Nürnberg und Erlangen erreichen. Er ist zuversichtlich, dass die S-Bahn als wichtiger Beitrag zur Verkehrswende im Nürnberger Norden mit einer vernünftigen Taktichte realisierbar wäre. Die Initiative hat auch die Unterstützung mehrerer an der Bahnlinie angrenzender Nürnberger SPD-Ortsvereine, von Mitgliedern aus dem Landkreis Forchheim sowie der Stadträtin Jasmin Bieswanger und dem Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Thorsten Brehm. Alle hatten diese Anfang Februar bei einer Online-Diskussionsveranstaltung der SPD Almoshof-Thon zugesagt. Bei der Veranstaltung gab es einen erfolgreichen und lebhaften Austausch zu dem Thema; und es herrschte Einigkeit, dass die Verlängerung der Bahn eine sinnvolle Investition in die Zukunft darstellt. Zunächst sei es aber unverzichtbar, die vorhandenen Mittel für Streckenerweiterungen auszuschöpfen, sowie insbesondere Anwohnerinteressen und Lärmschutz ernst zu nehmen.



WIR SIND DIE BRÖGERS KAMPF GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS WOLODYMYR SELENSKYJ ALS SUPERHELD

Die Brögers v.l.n.r.: Horst Schmidbauer (Vereinsgründer), Schatzmeister Hans Mimler, Elizaveta Shlosberg (stellv. Vorsitzende), Arne Engelhardt, Heijo Schlein (unser Galerist), Michael Ziegler (Vorsitzender), Lukas Hofmann, Angelika Weikert, Jenny Baier, Uli Glaser (stellv. Vorsitzender) und Bernd Übelmann. Auf dem Bild fehlt leider unsere Geschäftsführerin Birgit Birchner. Fotografien Khrystyna Jalowa

von MICHAEL ZIEGLER

Im 40. Jahr des Bestehens unseres Bildungs- und (Sozio-)Kulturvereins Karl-Bröger-Gesellschaft haben wir viel vor. Die Rote Galerie, die in Kooperation mit der SPD Nürnberg betrieben wird, spielt dabei eine wichtige Rolle. Aktuell haben wir das Programm umgestellt. Die Künstlerin Bogi Nagy hat unsere Wände in der Galerie dazu verwendet, zum Frieden aufzurufen. „Make Art not War“ (dt. Mache Kunst statt Krieg) steht in riesigen Lettern auf unseren Wänden. Sowie „War is hell“ (dt. Krieg ist die Hölle). Unübersehbar durch unsere großen Schaufenster. Ebenso hat sie Putin vor das Kriegsgericht in Den Haag geschickt. Dazu hat sie den Bezug zu den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hergestellt und das berühmte Foto von Göring auf der Anklagebank durch Putin ersetzt. Gegenüberliegend stellt sie den Ukrainischen Präsidenten als Helden dar. Vor dem Krieg wäre diese Darstellung undenkbar gewesen. Zumindest in unserer Galerie. Und die Wirkung vor allem auf die ukrainischen Ausstellungsgäste ist überwältigend. Man lässt sich mit der Darstellung fotografieren, man identifiziert sich. Ja, sie ist gar ein Hoffnungsschimmer. Und auch zum Schmunzeln lädt die Zeichnung ein. Aber die Darstellung ist auch umstritten. Kann und darf man jemanden so darstellen? Jedenfalls wurden die Plakate mit Selenskyj an der Galerie bereits bespuckt. Die Auseinandersetzung ist in vollem Gang. Bei der Ausstellungseröffnung von Bogi Nagy sprachen dann auch fünf Ukrainerinnen, eine davon ist wenige Tage zuvor nach Nürnberg geflohen. Eine junge Frau hielt eine Rede unter Tränen. Den Selenskyj in klein kann man übrigens erwerben gegen Spende.

Alles kommt der Ukrainehilfe von Nürnberger Vereinen zugute. Die Finissage ist am Freitag, 8. April um 18 Uhr. Kommt vorbei.

Bereits einen Tag später, am 9. April, verleihen wir um 19 Uhr im Karl-Bröger-Zentrum die Karl-Bröger-Medaille. Sie wird diesmal an Rechtsextremismusexpertin und Aktivistin Birgit Mair und an das „Straßenfest gegen Rassismus und Diskriminierung“ am Aufseßplatz verliehen. Es soll ein würdiger und festlicher Abend für dieses Thema werden. Da die Plätze begrenzt sind meldet euch bitte an unter info@karl-broeger-gesellschaft.de

Eine einmalige Ausstellung bereiten wir in der Roten Galerie vor. Die Kölner Künstlerin Veronika Dimke hat die 10 Opfer des NSU portraitiert. Sie hat dabei großes Geschick bewiesen. Bereits beim Prozessende von Beate Zschäpe im Juli 2018 wurden die Gemälde in kleinerer Form gemeinsam mit Angehörigen präsentiert. Nun sollen diese großformatigen Bilder in der Roten Galerie mit einem Rahmenprogramm gezeigt werden. Am Ende der Ausstellung sollen die Gemälde den Angehörigen übergeben werden. Es wird somit die einzige Ausstellung dieser Art sein. Ausstellungseröffnung ist Sonntag, 8. Mai. Die genaue Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.

Seit September arbeitet der neu gewählte Vorstand der Brögers-Gesellschaft. An dieser Stelle sei den ausscheidenden Vorständen herzlich gedankt. So dem langjährigen Vorstandsmitglied Günter Gloser, sowie Helga Schmitt-Bussinger, Canan Candemir, Doris Reinecke und Nasser Ahmed. In ihren Ämtern wurden bestätigt unser Vereinsgründer Horst

Schmidbauer, Schatzmeister Hans Mimler, Stellvertreter Uli Glaser, Beisitzer Arne Engelhardt und Vorsitzender Michael Ziegler. Hinzugewählt wurden fünf neue Vorstände. Stellvertretende Vorsitzende ist nun die Künstlerin, Menschenrechts-Aktivistin und Designerin Elizaveta Shlosberg. Ehrenamtlich leitet sie auch das Theaterstudio ArtLife des ArtiSchocken-Kollektivs. Zur neuen Vorsitzenden gesellen sich vier neue Beisitzer*innen. So die ehemaligen Landtagsabgeordnete Angelika Weikert, Jenny Baier, Bernd Übelmann und Lukas Hofmann. Die letzten drei bilden gemeinsam mit Arne Engelhardt, Michael Ziegler und unserem Galeristen Heijo Schlein das Galerie-Team.

GEMEINSAM für das Bürgerrecht auf Kultur. Das ist unser Weg.

Und auch du kannst uns mit deiner Mitgliedschaft unterstützen: <https://www.karl-broeger-gesellschaft.de/forderer-werden/>



Fotos: R. Löster



SINNVOLLE ENTLASTUNG FÜR DAS GANZE LAND

von GABRIELA HEINRICH, MdB

In meinem letzten Beitrag hier im „Springenden Punkt“ ging es schon um Energie, aber ich muss noch einen drauflegen. Aufgrund des Krieges in der Ukraine ist Energiepolitik mehr denn je zu einem Teil der Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Und sie umfasst auch mehr und mehr sozialpolitische Aspekte. Jetzt, da die Energiepreise so hoch wie nie sind, wollen wir die Bürgerinnen und Bürger deutlich und ganz konkret entlasten. Auch, aber nicht nur bei den Energiekosten. Schon im Februar hatten wir im Koalitionsausschuss zehn Entlastungsschritte für Deutschland vereinbart. Die wichtigsten Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, sind diese:

Wir haben einen Heizkostenzuschuss im Bundestag beschlossen. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf hatte die SPD jetzt eine Verdopplung durchgesetzt. Ein Ein-Personen-Haushalt mit geringem Einkommen wird demnach 270 Euro bekommen, Zwei-Personen-Haushalte 350 Euro, und für jedes weitere Haushaltsmitglied nochmal 70 Euro. Studierende und Azubis, die staatliche Hilfen erhalten, bekommen 230 Euro. Damit bekommen gezielt Geringverdienende mehr Geld, nämlich diejenigen mit Wohngeldanspruch. Insgesamt profitieren davon mehr als zwei Millionen Menschen.

Zugunsten bezahlbarer Stromkosten wollen wir schon zum 1. Juli 2022 die EEG-Umlage auf null absenken. Stromkunden werden mit 6,6 Milliarden Euro von der Finanzierung des Ausbaus der Erneuerbaren Energie entlastet. Mit dem Gesetz soll auch festgeschrieben werden, dass diese Entlastung an die Letztverbraucher weitergegeben werden muss. Entlastet werden damit alle Stromverbraucher.

Auch bei der Einkommensteuer haben wir viel vor. Zwei erhöhte Freibeträge gelten rückwirkend ab dem 1. Januar: Der Arbeitnehmerpauschbetrag wird um 200 auf 1.200 Euro erhöht. Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer wird um 363 Euro von derzeit 9.984 Euro auf 10.347 Euro angehoben. Und die bisher am 1. Januar 2024 anstehende Erhöhung der Pendlerpauschale (ab dem 21. Kilometer) sowie der Mobilitätsprämie wird vorgezogen. Sie beträgt ebenfalls rückwirkend ab dem 1. Januar 38 Cent.

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Sofortzuschlag für von Armut betroffene Kinder wird zum 1. Juli 2022 auf den Weg gebracht. Er soll in Höhe von 20 Euro pro Monat bis zur Einführung der Kindergrundsicherung denjenigen Kindern helfen, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.

Nicht zu vergessen ist hier natürlich auch der Mindestlohn. Er steigt auf 12 Euro. Die SPD hatte das versprochen, und die SPD hält es.

Die Ampel-Koalition handelt also. Und Entlastungen sind jetzt sinnvoll, gar keine Frage. Gerade für die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Das ist mir wichtig, und das ist der SPD wichtig. Wir werden weiter Entlastungen prüfen. Skeptisch bin ich aber bei Tank-Zuschüssen, wie sie Finanzminister Lindner von der FDP vorgeschlagen hat. Viel wichtiger: Das Bundeskartellamt hatte angekündigt, die Preisentwicklung an den Tankstellen jetzt sehr aufmerksam zu beobachten. Die Rohölpreise hatten bald wieder das Niveau erreicht, das sie vor dem Ukraine-Krieg hatten. Was sich aber nicht an den Zapfsäulen gezeigt hat. Wir müssen also verhindern, dass die Mineralöl-Konzerne wegen des Krieg unangemessene Gewinne erzielen.

Die nachhaltige Lösung ist es, unabhängiger zu werden von fossilen Energieträgern aus unsicheren Ländern. Dazu brauchen wir eine Energiewende, die diesen Namen auch verdient. Diese Energiewende braucht – ebenso wie die Mobilitätswende, der Wohnungsbau und die Digitalisierung – eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auch das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart und beginnen jetzt mit der Umsetzung. Im Rahmen eines „Osterpakets“ wollen wir gleich im April erste Maßnahmen verabschieden, um Investitionen in Erneuerbare Energie zu beschleunigen. Im Sommer und im Herbst werden weitere Gesetzespakete folgen. Unser Ziel ist es, Planungs- und Genehmigungsverfahren, aber auch Gerichtsverfahren zu beschleunigen und mehr zu digitalisieren.

Trotz aller Beschleunigung werden viele Investitionen noch etwas dauern. Bis wir unseren Energiebedarf nur oder fast nur aus Erneuerbarer Energie decken können, brauchen wir übergangsweise noch zum Beispiel Gas. Als Überbrückung sozusagen. Auch hier sind wir dran. Dass die Gasspeicher nicht im Herbst leer sein dürfen, verhindert künftig ein Gesetz, das Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen erlässt. Außerdem sollen Terminals für Flüssiggas (LNG – „Liquefied Natural Gas“) an der deutschen Küste gebaut werden. Das ist sinnvoll, allerdings müssen wir auch dann genau hinschauen, welche Regierungen am deutschen Gas-Import mitverdienen. Große Gas-Exporteure sind zum Beispiel Aserbaidschan und Katar – mit autoritären Regierungen. Zum Glück hat jetzt auch Norwegen angekündigt, Europa mehr Erdgas zu liefern und Deutschland insbesondere mit Spezial-Schiffen zu helfen, für die es keine extra Terminals braucht.



von ARIF TAŞDELEN, MdL

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Welt ist seit dem völkerrechtswidrigen Krieg Putins gegen die Ukraine am 24.02.2022 nicht mehr so, wie sie einmal war. Menschen fliehen aus ihrer Heimat, Menschen sterben in ihrer Heimat. Das macht mich und uns alle unendlich traurig, das macht uns wütend. Wir müssen unseren Kindern zu Hause erklären, warum Krieg ist, warum Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen und warum wir teilweise hilflos zusehen müssen.

Am 21. Februar hat Putin ein Dekret zur Entsendung russischer Truppen in die von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiete der Donbass-Regionen unterzeichnet. Am 22. Februar hat Putin Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anerkannt. Wir als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag haben die Gefahr eines Krieges ernst genommen und am 23. Februar - also einen Tag vor dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine - mit einem Dringlichkeitsantrag „Solidarität mit der Ukraine“ den drohenden Krieg im Landtag diskutiert. Als ich diese Rede gehalten habe, hofften wir alle noch, dass diese Katastrophe nicht eintritt. Leider kam es aber viel schlimmer als befürchtet. Nun müssen wir alle Kräfte darauf bündeln, den Flüchtlingen zu helfen und diesen Krieg sofort zu beenden.

Hier findet Ihr meine Rede vom 23. Februar 2022 im Bayerischen Landtag:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

„Es sind sehr schwere Tage und Stunden für Europa. Knapp 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht ein Krieg im Osten Europas.“

Mit diesen Worten hat Bundeskanzler Olaf Scholz gestern die neuesten Entwicklungen im Ukraine-Konflikt bewertet und Russland aufgefordert, eine solche Katastrophe abzuwenden. NATO-Generalsekretär Stoltenberg sprach sogar vom „gefährlichsten Moment für die europäische Sicherheit seit einer Generation“.

Wir danken unserer Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock für die Diplomatie-Offensive der letzten Wochen. Sie haben es geschafft, dass NATO und EU heute geschlossen handeln und mit einer Stimme sprechen. Mit der Anerkennung der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk durch den Kreml hat die Eskalation eine neue gefährliche Stufe erreicht. Putins Aggression ist ein schwerer Bruch des Völkerrechts. Dabei handelt es sich um eine politische Invasion Russlands, der offensichtlich ein militärischer Einmarsch in die Ukraine folgen soll. Russland hat an der Grenze zur Ukraine derzeit mehr als 150.000 Soldaten zusammengezogen. Sie können jede Minute los-

schlagen und von Norden, Osten und Süden in die Ukraine einmarschieren.

Mit dem gestrigen Tag ist auch die Vision einer europäischen Sicherheitsarchitektur auf der Grundlage der Charta von Paris fürs Erste Geschichte. Der friedlichen Ordnung in Europa stehen das kriegerische Großmachtstreben des russischen Diktators und sein Traum von einer Sowjetunion 2.0 entgegen. Putin will die europäische Uhr auf vor 1989 zurückdrehen. Mehr als 14.000 Menschenleben hat sein geschichtsrevisionistischer Kampf in der Ukraine bereits gefordert. Wir verurteilen scharf die Aggression und den Völkerrechtsbruch Russlands, und wir stehen für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Deutschland hat mit den USA die finanziell mit Abstand stärksten Anstrengungen unternommen, der Ukraine beizustehen. Das war so, und das bleibt so.

Wladimir Putin wird einen hohen Preis für seine Aggression zu bezahlen haben. Ich bin sicher, Sanktionen werden greifen. Der Kreml hat sich international isoliert.

Aber wir müssen der deutschen und bayerischen Bevölkerung heute ebenso sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass auch wir einen hohen Preis bezahlen, und das im eigentlichen Sinne. Infolge von Putins Kriegstreiberei wird die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Börsenkurse und Unternehmenswerte werden fallen und mit ihnen die Beschäftigungszahlen. So ist das im Krieg, auch wenn der Krieg bis jetzt nur mit Dekreten, Memoranden und Sanktionen geführt wird. Die Verbraucherpreise werden steigen, nicht nur bei der Energie. Das ist der Preis von Putins Kriegstreiberei. Und ja, auch neue Migrationsbewegungen sind nicht auszuschließen. Auf all das müssen wir uns einstellen. Putins Aggression gegen die Ukraine trifft leider uns alle. Aber all das ist besser als ein heißer Krieg, bei dem unzählige Menschen getötet und Familien für Generationen ins Unglück gestürzt werden.

Für meine Partei in der SPD-geführten Bundesregierung stelle ich fest, dass wir alles Machbare und Mögliche tun werden, Putins Macht hunger mit Abschreckung und Sanktionen einzudämmen, den brüchigen Waffenfrieden zu wahren und zugleich die zu erwartenden drastischen weltwirtschaftlichen Folgen für unser Land und unsere Leute zu minimieren.

Liebe Mitglieder des Hohen Hauses, mit dem vorliegenden Antrag stellt sich der Bayerische Landtag hinter die Bundesregierung und ihre internationalen Partner: für ein abgestimmtes Vorgehen der NATO und der Europäischen Union, für fortdauernde diplomatische Friedens- und Vermittlungsmissionen, für gezielte und effektive Sanktionen gegen Russland. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Anfang März habe ich mich mit allen Innenpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der SPD-Landtagsfraktionen sowie der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Abgeordneten im Europaparlament zu unserer jährlich stattfindenden Konferenz über die aktuelle Innenpolitik getroffen. Gastgeber war dieses Jahr die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen, die die Moderation der eintägigen Videokonferenz übernahm. In vier Blöcken haben wir uns zu aktuellen innenpolitischen Themen und Fragestellungen, wie unter anderem der aktuellen Lage in der Ukraine und der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, der Lage rund um die sogenannten Corona-„Spaziergänge“, aktuelle polizeipolitische Themen und der Optimierung des Katastrophenschutzes, ausgetauscht.

Wir standen und stehen innenpolitisch vor enormen Herausforderungen. Die Coronapandemie stellt mit der Durchsetzung der Maßnahmen und der Begleitung des Demonstrationsgeschehens weiterhin eine große Belastung für die Polizei dar. Dazu kommt der Krieg in der Ukraine, der große Veränderungen in der Sicherheitspolitik in Deutschland hervorruft und aufgrund dessen eine große Zahl an Kriegsflüchtlingen in Deutschland zu erwarten ist. Aber auch abseits der aktuellen Lage steht die Innenpolitik vor großen und vielfältigen Aufgaben. So muss die vollständige Digitalisierung der Verwaltung in den kommenden Jahren umgesetzt werden und die Polizei sich auf neue Bedrohungslagen durch Terrorismus und Cybercrime einstellen. Nicht zuletzt muss der Katastrophenschutz aufgrund von vermehrten und verstärkten Extremwetterereignissen für eine Vielzahl an Großeinsätzen fit gemacht werden.

Aktuelle Lage in der Ukraine und Aufnahme von Kriegsflüchtlingen

Wir blicken mit Entsetzen auf Putins Angriffskrieg in der Ukraine. So ist es für uns klar, alles Nötige zu tun, um möglichst viele Menschen aufzunehmen, die vor dem Leid in der Ukraine fliehen. Dabei ist es wichtig, dass allen Menschen eine unbürokratische Aufnahme offensteht, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten und nicht nach Hautfarbe, Staatsbürgerschaft oder sonstigen Kriterien differenziert wird. Die SPD-Innenminister*innen und die SPD-Innenpolitiker*innen haben alles Mögliche getan, damit einer sicheren Aufnahme Geflüchteter nichts im Wege steht. Auf der Konferenz waren wir uns einig, die Entwicklungen der kommenden Wochen eng zu begleiten, um den Bedürfnissen schutzsuchender Menschen bestmöglich gerecht werden zu können.



Lage rund um die sogenannten Corona-„Spaziergänge“

Auch wenn das Demonstrationsgeschehen zu den Corona-Maßnahmen in den letzten Wochen etwas an Brisanz verloren hat, ist für uns klar, dass dies auch zukünftig durch uns Innenpolitiker*innen aufmerksam beobachtet werden muss. Die Erfahrung aus allen Bundesländern hat gezeigt, dass Allgemeinverfügungen ein wirksames Mittel gegen Ausschreitungen bei sog. Corona-Spaziergängen, meist unangekündigten Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen, sind. Derartige Allgemeinverfügungen müssen jedoch juristisch wasserfest ausgestaltet werden. Hierzu müssen insbesondere kleinere Kommunen durch die Innenministerien bei der Ausformulierung unterstützt werden.

Polizei

Die aktuellen Krisen und die Veränderung der allgemeinen Sicherheitslage erhöhen die Belastung der Polizei in allen Bundesländern sehr. Auf der Konferenz haben wir deswegen diskutiert, wie Polizist*innen entlastet werden können und welche Aspekte bei der Anpassung der Ausrüstung unserer Polizeien zu beachten sind. Für uns SPD-Innenpolitiker*innen steht fest, dass unsere Polizist*innen in ihrer Arbeit mehr Anerkennung verdienen. Die Polizei sichert unsere Demokratie und genau deswegen muss die demokratische Resilienz in der

Polizei gestärkt werden. Das gelingt zum einen durch das richtige Maß zwischen Sicherheit und Freiheit beim Einsatz unserer Polizei und zum anderen durch eine intensive demokratische Aus- und Weiterbildung unserer Polizist*innen.

Optimierung des Katastrophenschutzes

Der Katastrophenschutz in Deutschland ist mit seinen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen äußerst schlagkräftig. Die kommenden Jahre bis Jahrzehnte werden den Katastrophenschutz jedoch fordern wie nie zuvor. Den größten Faktor hierbei bildet die massive Zunahme von Extremwetterereignissen. Es ist davon auszugehen, dass zukünftig mehr bundesländerübergreifende Einsätze des Katastrophenschutzes, wie im vergangenen Jahr, notwendig sind. Der Katastrophenschutz, der durch die Bundesländer aufgestellt wird, muss folglich bundesweit mehr vereinheitlicht werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird hierzu Vorschläge erarbeiten.

Den großen Herausforderungen in der Innenpolitik wird im Bund, den einzelnen Bundesländern und in Europa mit vielfältigen Maßnahmen begegnet. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass sich alle Innenpolitiker*innen der SPD mindestens einmal jährlich zu diesen Maßnahmen austauschen. Nur so bleiben wir auch in der Zukunft innenpolitisch so gut aufgestellt.



HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Fotos: R. Löster

In den letzten Wochen haben sich die Ereignisse in Deutschland, Europa und auf der gesamten Welt überschlagen. Wir Jusos sind froh, dass wir uns wie vielerorts auch in Nürnberg in breiten Bündnissen zusammengefunden haben und in unserem Kampf nicht alleine stehen.

Opfern von rechter Gewalt zeigen wir, dass sie in ihrem Kampf nicht alleine sind und erinnern an den rassistischen und menschenverachtenden Terrorakt in Hanau vom 19.02.2020. Wir Jusos stehen an der Seite der Angehörigen des Anschlags in Hanau, die auch zwei Jahre später für die Aufklärung der rechtsextremen Morde kämpfen.

Noch heute sind viele Fragen aus der Tatnacht ungeklärt. Anil Altun (Vorsitzender Jusos Nürnberg) fasst in seiner Rede zur Mahnwache unsere Gefühle zusammen:

„Großes Leid, Trauer und ein Gefühl von Wut und Ohnmacht sind das, was zwei Jahre später



bleibt. Hätte die Polizei die Tat noch verhindern können? Wie war es dem Täter in der Tatnacht möglich, von einem Ort zum anderen zu fahren, Menschen das Leben zu nehmen und dann noch nach Hause zu fahren? Warum war der Notruf überlastet und keine Weiterleitung aktiv? Wieso war der Notausgang verschlossen? Wie kam der Täter an die Waffe?“

Nur eine lückenlose Aufklärung dieser Tat kann den Schmerz der Angehörigen lindern, Missstände bei Polizei und Notruf aufdecken und Aufmerksamkeit für die Gefahr, die von Rechtsextremismus ausgeht bringen. Politik und Sicherheitsbehörden dürfen die Antworten auf diese wichtigen Fragen nicht einfach aussitzen. Ein solches Vorgehen zeigt uns wieder, dass in staatlichen Strukturen institutioneller Rassismus alltäglich ist und kaum Interesse besteht diese systematisch zu bekämpfen.

Anil gibt uns Mut und Kampfgeist mit auf den Weg: „Spricht man diese Probleme klar an, bekennt man sich als Antifaschist*in, so wird man immer öfter selbst in eine extremistische Ecke gestellt. Antifaschismus ist die Pflicht und Verantwortung jede*r Demokrat*in. Dass das immer stärker angezweifelt wird, ist ein weiteres Indiz für eine gefährliche Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses. Umso wichtiger ist es, dass wir gemeinsam dagegen ankämpfen. Öffentlich und stolz uns als Antifaschist*innen bezeichnen! Es ist wichtig, dass wir gemeinsam versuchen, mit unseren Verbänden und Organisationen strukturellen Wandel herbeizuführen. Und am wichtigsten ist es, dass wir den Menschen immer und immer wieder das Ausmaß rechten Terrors vor Augen führen, die Namen und Geschichten der Opfer niemals vergessen lassen.“

Der Krieg in der Ukraine ist ein einschneidendes Ereignis für junge Europäer*innen. Wir sind in einem Europa aufgewachsen, in dem Grenzen bedeuten, dass sich maximal der Mobilfunkanbieter ändert. Wir wissen aber auch, dass Frieden in Europa nicht naturgegeben ist, demokratische Strukturen auch in Europa wanken und wachsame Bürger brauchen, die für sie kämpfen.

„Krieg hilft niemandem, aber schadet allen“, mahnt Sandra Manthey (stellvertretende Vorsitzende Jusos Nürnberg) auf der Mahnwache der Parteijugend nur Stunden nachdem Putin den Angriffskrieg begonnen hat. „Russland bzw. vielmehr Putin und seine Unterstützer – denn den unabhängigen russischen Medien ist zu entnehmen, dass die breite russische Bevölkerung diesen Kriegsakt nicht unterstützt – scheint von dieser Erkenntnis noch immer weit entfernt. Putin hat beschlossen, die von Separatist*innen besetzten Gebiete auf dem Land der Ukraine als unabhängige Staaten anzuerkennen. Putin hat beschlossen, militärische Truppen in das Territorium der Ukraine zu schicken. Putin hat heute Nacht beschlossen, Krieg zu führen und die Ukraine anzugreifen. Wir verurteilen diese völkerrechtswidrigen Handlungen aufs Äußerste! Und fordern Putin auf, sofort mit dem Töten aufzuhören, seine Truppen aus fremdem Gebiet zurückzuziehen und diese widerrechtlichen Anerkennungsdekrete zurückzunehmen! Denn wir wissen, Putin hat beschlossen, sich auf einen Irrweg zu begeben.“

Schon zu diesem Zeitpunkt hat sich abgezeichnet, was wir heute nur noch stärker sehen. Putins Aggression hat Bündnisse geschworen, die fast schon als aus der Zeitgefallen abgeschrieben waren: „Putin wird durch diese unrechtlichen Aktivitäten nicht an mehr Einfluss gewinnen. Sondern verlieren: Es werden sich noch mehr Staaten im größeren Ausmaß von Russland abwenden und ihm den Rücken kehren. Putin bringt den Westen nicht zum Wankeln, im Gegenteil, wir stehen näher zusammen!“

Der Krieg hat in Deutschland, wie auch in unserer Partei große Diskussionen ausgelöst, an denen wir uns auch als Jusos Nürnberg beteiligen. Mit dem Versprechen, auf das wir uns alle einigen können schließt Sandra die Mahnwache: „Wir stehen unseren europäischen Freunden bei! Unsere Solidarität gilt der Ukraine! Einem freien, unabhängigen Staat, der für sich selbst Entscheidungen trifft! Aus diesem Grund fordern wir, dass Russland sich aus der Ukraine zurückzieht und sich wieder auf den Weg der Diplomatie und des Friedens begibt. Denn nur so – respektvoll Hand in Hand – können sinnvolle und nachhaltige Lösungen entwickelt werden.“

ZUSAMMENSTEHEN IN SCHWEREN ZEITEN – QUO VADIS MALI?

40 Jahre „Mali-Hilfe“ – In unserem Jubiläumsjahr möchten wir alle Genoss*innen und Freund*innen zuerst auf unsere Webseite einladen. Unter www.lag-malihilfe.de findet Ihr den Film „Zusammen-Helfen-Arbeiten“, der Euch direkt und anschaulich unsere Arbeit in Mali vorstellt.

Das westafrikanische Land im Sahel leidet unter einer anhaltenden Sicherheitskrise und mit ihm die Malier*innen. Seit bald zehn Jahren terrorisieren dschihadistische Gruppen den Norden und inzwischen auch das Zentrum des Landes. Die Folgen sind Schulschließungen, massive Fluchtbewegungen, Nahrungsmittelkrisen – vor allem in den Konfliktregionen – und wachsende Armut.

Politisch steht Mali an einem Wendepunkt und steuert nach zwei Militärputschen in Richtung Isolation. Die neuen Machthaber unter Assimi Goita gehen auf Distanz zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und suchen neue Allianzen, darunter auch russische Militärhilfe. Als die Übergangsregierung verkündet, die vereinbarte Rückkehr zur Demokratie bis 2026 aufzuschieben, wird dies international scharf verurteilt. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verhängte Anfang Januar 2022 drastische Sanktionen, die Grenzsicherungen, Handelsbeschränkungen und das Einfrieren staatlicher Vermögen vorsehen. Hunderttausende Malier*innen demonstrierten am 14. Januar gegen diese Maßnahmen. Zugleich stellten sie sich hinter die Übergangsregierung, von der sie sich einen Ausweg aus der vielschichtigen Krise, die auch eine Krise des politischen Systems ist, erhoffen. Die aktuellen Sanktionen der ECOWAS blockieren nicht nur das wirtschaftliche Leben in Mali. Sie treffen vor allem weite Teile der malischen Bevölkerung, der Hunger droht. Während die Preise für Güter des täglichen Bedarfs ansteigen, sind in Mali über 7,5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Kann man sich angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen weiterhin in Mali engagieren und kommen die Spenden bei den Menschen, an der richtigen Stelle an? Solche Fragen werden in der letzten Zeit immer häufiger an uns gestellt.

„Über die Jahre haben wir solide Kooperationen mit verlässlichen Partnern der Zivilge-



Geburtshelferinnen- hier beim workshop in Dioula - sind wichtige Multiplikatorinnen beim Thema Beschneidung

sellschaft aufgebaut. Das ist unser großes Plus: Die gemeinnützigen malischen Vereine arbeiten regierungsfremd und basisnah, d.h. direkt mit den Malier*innen zusammen, die wir unterstützen.“ sagt Stefan Schuster, MdL und seit 2005 Vorsitzender der LAG Mali. Hier bewährt sich der „Graswurzel-Ansatz“ in der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene.

Zum Anderen liegen die bisherigen Projektgebiete im sicheren Südwesten des Landes, in den Landkreisen Kita, Yanfolila und Dioula. Dort leistet die LAG Mali im Rahmen kleiner Projekte „Hilfe zur Selbsthilfe“ und hat dabei vor allem die Landfrauen als vulnerable Gruppe im Blick. Inhaltliche Schwerpunkte unserer Projekte liegen in der Förderung von Gemüseanbau, Bildungschancen und im Schutz vor Genitalverstümmelung.

An den Resultaten der beiden laufenden Projekte wird deutlich, dass unsere Partner auch in krisenhaften Zeiten erfolgreich weiter arbeiten können: Im Mai 2021, noch vor dem letzten Militärputsch, startete ein Projekt der LAG Mali im Landkreis Yanfolila. Mit zusätzlichen Bewässerungsbrunnen, Schulungen im Anbau und in der Organisation der Gartenkomitees haben wir dort sechs Frauengruppen im Gemüseanbau unterstützt. Hoch motiviert und noch in der Regenzeit haben sie ihre Arbeit aufgenommen. Inzwischen wissen wir, dass die Frauen ihre Erträge steigern konnten. Neben dem Eigenkonsum haben sie durchschnittlich 61,- € pro Anbauphase an Einkommen erzielt. Für malische Landfrauen ist das „gutes Geld“. Sie werden es brauchen

Mehr Informationen zur LAG Mali und ihren Projekten:

Mehr Informationen zur LAG Mali und ihren Projekten:
www.lag-malihilfe.de oder per Mail: lag-mali@web.de
Kontakt:

LAG Mali e.V. / Karl-Bröger-Str.9 / 90459 Nürnberg
Tel:+49(0)911-4501373
(Mo, Di und Do, 10.00-12.30 h)

Spendenkonto:
VR Bank Metropolregion Nürnberg
IBAN: DE65 7606 9559 0003 2590 05
BIC: GENODEF1NEA



Workshop zur Seifenproduktion in Dioula

können, angesichts der aktuellen Preissteigerungen. In Kita beispielsweise, kostet ein Sack mit 100 kg Mais, Hirse oder Sorghum schon doppelt so viel wie in normalen Erntejahren – zwischen 35,- und 50,- €.

Seit November setzen wir unsere Aufklärungskampagne gegen die Mädchenbeschneidung fort. Sie ist kombiniert mit Informationen über Covid 19. Gleichzeitig werden Hygiene-Sets an strategischen Punkten in den 22 Dörfern eingesetzt. Auf Anfrage aus den Dörfern unterstützen wir Frauengruppen bei der Herstellung von Seife, die ihnen ebenfalls Einkommen ermöglicht.

Die Corona-Pandemie ist aus der Perspektive der Malier*innen nur eines unter vielen existentiellen Problemen und eher nachgeordnet. Rund 30.400 Menschen sind laut WHO offiziell mit Covid 19 infiziert, 726 daran verstorben (Stand: März 2022). Die Dunkelziffer der nicht erfassten Infizierten dürfte hoch sein. Skandalös erscheint die Anzahl der bisher durchgeführten Impfungen: Rund 1.769.000 Impfdosen wurden bisher verabreicht. Bei einer Gesamtbevölkerung von 20 Millionen Einwohnern entspricht der Anteil der Geimpften etwa 9%. Von einer global solidarischen und gerechten Verteilung der Impfstoffe sind wir noch weit entfernt!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Einladung zur Jahreshauptversammlung der AG 60plus Am 26.04. 2022 um 14:30 Uhr

im Hotel Merkur, Pillenreuther Str. 1

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende
2. Totenehrung
3. Konstituierung
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Grußworte
5. Bericht der Vorsitzenden
 - Aussprache
6. Entlastung der Vorsitzenden und des Gesamtvorstands
7. Nachwahl: 2 Delegierte zur Bundeskonferenz der AG 60plus (muss von der Landeskongress bestätiget werden)
8. Antragsberatung
9. Termin- und Themenplanung
10. Verschiedenes
11. Schlusswort der Vorsitzenden

Wegen der unklaren Pandemiesituation wird um vorherige
Anmeldung gebeten:

Gabi Penzkofer-Röhl: Tel.: 0911 33 0090, Mail: gaperoe@t-online.

INTEGRATIONSRAATSWAHLEN 2022

Liebe Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund,

Am 9.10.2022 wird zum dritten Mal der Rat für Integration und
Zuwanderung der Stadt Nürnberg gewählt.

Der Integrationsrat beschäftigt sich mit den Belangen der Bür-
ger*innen mit Migrationshintergrund in Nürnberg.

Wir suchen deswegen nach interessierten und engagierten
Genoss*innen mit Migrationshintergrund, die auf der
SPD-Liste für den Integrationsrat kandidieren möchten.
Erfahrung in migrationspolitischen Belangen ist von Vorteil,
nicht aber erforderlich!

Falls ihr also Lust habt für den Integrationsrat zu kandidieren
oder wenn ihr Fragen habt und euch informieren möchtet,
dann meldet euch bitte bis zum 30.04.22 unter folgender Email
Adresse: oguz.akman@spd.de

Euer Integrationsratswahlteam
Diana, Dionisia und Oguz

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / APRIL 2022

06.04.2022 – 19:30 Uhr

SPD Laufamholz: Mitgliedertreffen
Restaurant Hammerschmiede,
Laufamholzstraße 300

12.04.2022 – 19:30 Uhr

**SPD Nordostbahnhof: Ortsvereinstreffen
mit Herr Dieter Barth
WBG-Pressesprecher**
SIGENA-Plauenerstr.7,
90491 Nürnberg

12.04.2022 – 17:00 Uhr

**Mieterbüro
Abgeordneten Büro Gabriela Heinrich**
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg
Termine unter: 0911 43896-0

13.04.2022 – 18:30 Uhr

SPD Johannis: Ortsvereinstreffen
Caffé Fatal,
Jagdstraße 16, 90419 Nürnberg

20.04.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl
Genauere Infos:
anil.altun@spd-gibitzenhof-steinbuehl.de

26.04.2022 – 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt
Gesellschaftshaus Gartenstadt

27.04.2022 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein: Aktiventreff
Wirtshaus Galvani,
Galvanistr. 10, 90459 Nürnberg

30.04.2022

**Jahreshauptversammlung
der SPD Nürnberg**

Bitte beachte, dass es aufgrund der
pandemischen Situation zu terminli-
chen Abweichungen kommen kann.
Bitte informiere dich rechtzeitig bei
deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder
im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin
stattfindet.